



„Für selbstbestimmte Teilhabe“ - Positionierung der Vertreterversammlung des Caritasverbandes für die Diözese Trier e.V.

Die Teilhabe-Initiative des Deutschen Caritasverbandes zielt darauf ab, die Handlungsspielräume, die eine Person in unserer Gesellschaft hat, zu vergrößern. Selbstbestimmte Teilhabe bedeutet, dass jeder Mensch an den politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Prozessen einer Gesellschaft teilnehmen, diese mitgestalten und mitbestimmen kann und sich so im verstärkten Maße sozial zugehörig fühlt. Dabei ist Teilhabe zu verstehen als die Freiheit des Menschen zur Entscheidung, wo und wie er sein Leben gestalten und sich in die Gesellschaft einbringen will. Aus diesem Grund werden im Jahr 2009 Menschen am Rande der Gesellschaft, 2010 ältere Menschen und schließlich 2011 Menschen mit Behinderungen in den Mittelpunkt der Jahreskampagnen gestellt.

Der Caritasverband für die Diözese Trier e. V. ist zutiefst besorgt über die seit Jahren festzustellende Ausgrenzung und Verarmung vieler Menschen und Familien in unserer Gesellschaft. Die Chancen auf tatsächlich selbstbestimmte Teilhabe haben sich für viele spürbar verringert. Die zunehmende Zahl prekärer Lebensverhältnisse, die sich verstärkenden Abstiegsängste der Mittelschicht sowie die von Jahr zu Jahr sich vergrößern den Wartelisten bei den Schuldnerberatungsstellen und Sozialen Diensten des Bistums sind dafür deutliche Belege.

Die sozial-caritativen Einrichtungen im Bistum Trier arbeiten auf der Grundlage des Teilhabe-Gedankens und wissen sich dabei im Einklang mit den Grundzielen internationaler Entwicklungen. Die Weiterentwicklung von Teilhabemöglichkeiten für Hilfebedürftige wird klar befürwortet. Auf allen Einrichtungen lastet jedoch seit Jahren ein wirtschaftlicher Druck, der die Arbeit beeinträchtigt und sogar gefährdet. Deshalb ist mit Nachdruck darauf hinzuweisen, dass die Einrichtungen angemessene Rahmenbedingungen brauchen, um von ihnen betreute Menschen in ihrer selbstbestimmten Teilhabe zu unterstützen und im individuell erforderlichen Umfang qualifizieren zu können.

Kinder und Jugendliche sind die Leidtragenden

Sozialreformen haben in der Vergangenheit nicht immer gehalten, was mit ihnen versprochen wurde. Vielfach ist das Gegenteil eingetreten. Die Gefahr des sozialen Absturzes hat zugenommen. Neu eingeführte Instrumente des Arbeitsmarktes, die Lösungen bringen sollten, haben an vielen Stellen versagt. Versprochene Wirkungen sind ausgeblieben oder haben das Verharren in ökonomisch ungesicherten Lebensverhältnissen verfestigt. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die in Armut aufwachsen, ist in erschreckendem Maße gestiegen. Die Versorgung mit dem Lebensnotwendigsten über Tafeln ist zum gerne gesehenen und geduldeten Standard sozialer Sicherung „aufgestiegen“.

Dieser besorgniserregenden Bilanz sozialer Ausgrenzung bedürftiger und benachteiligter Menschen steht eine in kürzester Zeit aufgetürmte Staatsverschuldung gegenüber. Sie hat ihre Ursache in Rettungsmaßnahmen für den Bankensektor und zentrale Wirtschaftszweige, in denen eine maß- und verantwortungslose spekulative Gewinnmaximierung die ethische Dimension des Wirtschaftens bewusst ausgeblendet hatte. Dem Profit von wenigen steht die Sozialisierung der negativen Folgen zu lasten vieler gegenüber.

Sozialabbau führt zu weiterer Ausgrenzung

Die Vertreterversammlung ist besorgt, dass mit der zusätzlichen hohen Staatsverschuldung und der mit ihr in der Folge verbundenen Einschränkung der staatlichen Handlungsfähigkeit ein weiterer Sozialabbau begründet wird. Die finanziellen Handlungsspielräume der Kommunen werden weiter eingeengt. Gleichzeitig ist abzusehen, dass der Bedarf nach Leistungen zunehmen wird – so wird die höhere Arbeitslosigkeit zum Beispiel zu einem weiteren Andrang bei den Schuldnerberatungsstellen führen. Die Vertreterversammlung sieht in dieser Entwicklung die Gefahr noch tiefer in die Gesellschaft hineinreichender Ausgrenzungsprozesse.

Deshalb fordert die Vertreterversammlung:

Investieren in Menschen!

Es sind nicht die Armen, die unsere Gesellschaft das große Geld kosten. Es sind auch nicht die Armen, die den gesellschaftlichen Wohlstand gefährden. Papst Benedikt XVI. ruft in seiner neuen Enzyklika „Caritas in veritate“ in Erinnerung, „dass das erste zu schützende und zu nutzende Kapital der Mensch ist, die Person in ihrer Ganzheit“ (Nr. 25). Investitionen in Menschen, vor allem in Kinder, sind Investitionen in die Zukunft einer wirtschaftlich und sozial gesunden Gesellschaft. Armutsbekämpfung darf nicht verharren in Maßnahmen der Armutsstabilisierung und Armutsverdichtung. Gerade in einer Wirtschafts- und Finanzkrise ist soziale Stabilität grundlegend. Deshalb darf es nicht zu einem Abbau der sozialen Infrastruktur kommen.

Ehrenamtliches Engagement darf kein Lückenbüßer sein!

Ehrenamtliche Mitarbeit in Einrichtungen und Diensten sowie in den Pfarrgemeinden und Personalfachverbänden gehört seit jeher zur Grundstruktur der Caritas. Ein solches Engagement wird deshalb uneingeschränkt begrüßt und gefördert. Es kann und darf allerdings nicht zum Ausfallbürgen für Leistungseinschränkungen und Sozialabbau werden.

Ethisch handeln!

Die Vertreterversammlung unterstreicht nachdrücklich die Kampagne des Deutschen Caritasverbandes zur selbstbestimmten Teilhabe für Menschen am Rande. In besonderer Weise ist die Vertreterversammlung besorgt, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise auf Dauer dazu führen könnte, Teilhabechancen einzuschränken. Es muss gelingen, wirtschaftliches und bürgerschaftliches Handeln ethisch neu zu ordnen und soziale Sicherungssysteme, die sich tatsächlich an der Würde des Menschen orientieren, armutsfest zu machen. Dazu gehört es auch, soziale Dienste, Angebote und Einrichtungen so zu sichern und zu fördern, dass sie ihren Aufgaben und Aufträgen in erforderlicher und menschenwürdiger Weise gerecht werden können. Zur Sicherung selbstbestimmter Teilhabe sind zukünftig in höherem Maße qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einrichtungen nötig.

Einmischen - mehr Teilhabe verwirklichen!

Wir stehen vor einer großen politischen Herausforderung und vor einer Aufgabe, die von den Schwächsten der Gesellschaft her bedacht und angegangen werden müssen. An dieser Aufgabe will der Caritasverband für die Diözese Trier e. V. auch in Zukunft mitwirken. Er setzt sich für eine Kultur der gegenseitigen Wertschätzung ein; er organisiert, fördert und leistet Hilfen für Menschen am Rande. Zudem mischt er sich auch in politische Prozesse ein, die Einfluss haben auf die Gestaltung und Entwicklung unserer sozialen Sicherungs- und Hilfesysteme.

Trier, 21. November 2009